

CSU - STADTRATSKURIER

NÜRNBERG

Aktuelle Themen und Informationen
der CSU-Stadtratsfraktion



TARIFREFORM BEI DER VAG

Harte Verhandlungen um Tarifreform: CSU erreicht deutliche Verbesserungen für Arbeitnehmer.

Der Vorschlag der Dresdner Beratungsfirma Probst & Consorten zur Tarifreform bei der VAG, war und ist viel diskutiertes Thema in der Stadt. Größte Neuerung im ersten Vorschlag zum Tarifszenario war ein 9-Uhr-Abo für 30 € im Monat. Im Gegenzug sollen die Preise für Einzelfahrten und Tagestickets deutlich angehoben werden. Aber auch Streifenkarten, MobiCard sowie das „normale“ Abo ohne Zeitausschluss würden im Durchschnitt ca. 5 % im Preis zulegen. Neben den Erhöhungen in den Tarifen sollte das 9 Uhr / 30 € -Ticket durch eine drastische Erhöhung der Parkgebühren in der Innenstadt finanziert werden. Im ersten Vorschlag, den Stadtkämmerer Harald Riedel (SPD) im März vorstellte, sollten die Parkgebühren von derzeit 1,50 € auf 3,00 € verdoppelt werden.



Einzelfahrten und Streifenkarten werden teurer

Arbeitnehmer nicht benachteiligen.

„Dieser Vorschlag war eine Ohrfeige für die Arbeitnehmer, die meisten Menschen müssen deutlich vor 9 Uhr zur Arbeit“, so der verkehrspolitische Sprecher der CSU, **Marcus König**. Fraktionschef **Sebastian Brehm**: „Wer die Pendler zum Umsteigen bewegen will, muss ein attraktives Ticket anbieten, das auch zu der Zeit gilt, zu der die Menschen es brauchen um in die Arbeit zu kommen.“

Mit dieser Forderung hatte die CSU Erfolg und überzeugte Oberbürgermeister, Kämmerer und SPD davon, dass auch Beschäftigte von der Reform profitieren müssen. Ergebnis ist das Angebot eines Job-Tickets für alle Betriebe - ab dem ersten Mitarbeiter.

Ein Erfolg für viele Familien ist es, künftig die Tickets für Schüler - auch wenn sie weniger als drei Kilometer von der Schule entfernt wohnen - mit bis zu 25 € im Monat zu subventionieren. Eine Erleichterung, für die sich Bürgermeister Dr. Klemens Gsell (CSU) bereits seit langem einsetzt.



Keine Tariffinanzierung durch Verdoppelung der Parkgebühren.

Neben der klaren Forderung nach einem besseren Angebot für die Berufstätigen, stellt die CSU-Stadtratsfraktion die Verknüpfung von VAG-Finanzierung und Parkraumbewirtschaftung in Frage. Dies würde nicht nur die VAG von Fremdeinnahmen abhängig machen, es vermischt auch völlig unterschiedliche Interessen. „Es würde auch niemand auf die Idee kommen, für den Radwegebau die Eintrittspreise im Schwimmbad zu erhöhen“, kritisiert **König**.

Auch in dieser Frage konnte sich die CSU durchsetzen. Die Entscheidungsvorlage über die Tarifreform wird nun nicht mehr an die Parkraumbewirtschaftung gekoppelt sein. Eine Verdoppelung der Parkgebühren zur Finanzierung der neuen ÖPNV-Tarife ist somit vom Tisch.

Zusätzlich zu den Verbesserungen für Arbeitnehmer konnten wir eine Ausweitung der Nightliner einbringen sowie den Vorschlag, mit einem „Nachtschwärmer-Ticket“ ein vergünstigtes Angebot für die Abend- und Nachtstunden zu schaffen.

Abgefahren...

Liebe Nürnbergerinnen und Nürnberger,

der Zug sollte nicht in die falsche Richtung abfahren. Doch genau das wäre passiert, wenn wir nicht hart verhandelt und deutliche Änderungen im Tarifkonzept gefordert hätten.

Falsch abgefahren für alle Berufstätigen, die nicht erst ab 9 Uhr den Öffentlichen Nahverkehr nutzen können, sondern bereits um 7 oder 8 Uhr in die Arbeit fahren müssen.

Und falsch abgefahren für alle, die in kleineren Firmen und Unternehmen angestellt sind. Für die hätte es nämlich keine Chance auf ein günstigeres Job-Ticket gegeben. Derzeit geht das erst ab 50 Mitarbeitern und auch die ursprüngliche Planung, diese Grenze auf 20 Angestellte zu senken, hätte für kleine Handwerksbetriebe oder Praxen nicht ausgereicht.

Wir wollen eine gerechte Tarifreform. Einen Tarif, der Umsteigen attraktiver macht für alle Arbeitnehmer!



Ihr
Sebastian
Brehm

GEWERBEFLÄCHENENTWICKLUNG IN NÜRNBERG

Die CSU-Fraktion begrüßt das Gewerbeflächengutachten und bringt Ideen für ein Entwicklungsprogramm ein.

Nürnberg's Wirtschaftsreferent Dr. Michael Fraas (CSU) stellte im März das von seinem Referat beauftragte Gutachten "Gewerbeflächen Nürnberg 2025" vor. Das Papier soll Basis sein für die Entwicklung der Flächenpotentiale in unserer Stadt und ein Konzept, diese künftig schneller und gezielter zu mobilisieren.

*"Wir begrüßen die umfassende und detaillierte Betrachtung des Flächenpotentials in unserer Stadt. Das ist wichtige Voraussetzung dafür, um ein ganzheitliches Konzept für die Wirtschaft in Nürnberg auf den Weg zu bringen", freut sich Stadtrat **Thomas Pirner**, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion. "Es ist wichtig, Flächen in den Stadtteilen nicht nur einzeln zu betrachten, sondern im Gesamtkontext der Bedarfe der ganzen Stadt - genau das geschieht in diesem Gutachten. Die kleineren Flächen für Handwerk und Mittelstand werden darin genauso berücksichtigt wie Großflächen für Industrie und Gewerbe", so Pirner weiter.*

Schnellere und effektivere Flächenmobilisierung gefordert.

*"Das Gutachten bestätigt Probleme, auf die wir als CSU-Fraktion gemeinsam mit Wirtschaftsreferent Dr. Fraas bereits seit längerem aufmerksam machen. So sind grundsätzlich genügend Flächen vorhanden, sie werden aber nicht effektiv mobilisiert oder mit Restriktionen belegt, die eine Ansiedlung uninteressant machen", so Fraktionsvorsitzender **Sebastian Brehm**.*

Abwanderung ins Umland verhindern.

*"Arbeitsplatz- und Wertschöpfungsverlust sind ganz klar die Gefahren einer restriktiven Flächenpolitik in unserer Stadt", warnt **Thomas Pirner**. "Das wird auch in dieser Deutlichkeit im Fazit des Gutachtens beschrieben."*

Nun gilt es, konkurrierende Interessen aufeinander abzustimmen. Wohnen, Freizeit und Grünflächen haben ihren Platz in der Stadt und werden ihn auch künftig haben. Aber auch Industrie, Gewerbe und Logistik gehören zu Nürnberg und dürfen nicht ganz am Ende der Nutzungskette stehen. Wenn die Unternehmen in unserer Stadt verlieren, verlieren letztlich auch die Bürgerinnen und Bürger.



Gewerbeflächen sind die Grundlage einer funktionierenden Wirtschaft in der Stadt.

Auch Logistik gehört zu Nürnberg.

Nürnberg ist der führende Logistikstandort Süddeutschlands. Die CSU steht auch zu dieser Branche. Gerade die Industrie braucht die Logistik als Partner. „Wir werden uns im Stadtrat dafür stark

*machen, dass die Logistikunternehmen nicht als die vermeintlichen 'Schmuddelkinder' des Nürnberger Gewerbes bei der Flächenverteilung leer ausgehen", verspricht CSU-Fraktionschef **Sebastian Brehm**. "Hier müssen klare Kriterien geschaffen werden, die für uns als Industriestandort wichtige Logistikansiedlungen möglich machen."*



Das Hafengebiet stellt die größte zusammenhängende Gewerbefläche in unserer Stadt - 260 Firmen auf 337 Hektar.

Thomas Pirner ergänzt: *"Unser Wirtschaftsstandort ist breit aufgestellt. Wir brauchen daher Flächen für High Tech-Unternehmen wie für produzierendes Gewerbe, den Mittelstand und das Handwerk, aber auch für Logistik-Unternehmen. Denn Logistik ist nicht mehr gleichzusetzen mit 'Große Halle und kein Personal' - diese Zeiten sind vorbei. Moderne Logistik ist mit dem produzierenden Gewerbe verknüpft, da werden z. T. bereits Produktionsschritte mit übernommen."*

Ersatz für Hafenerweiterungsfläche.

Neben der Beschleunigung von Verfahren für Baurecht und Erschließung sowie dem Wunsch nach Bevorratung von Flächen fordert die CSU-Fraktion auch einen Ersatz für die Fläche "Hafenindustriegebiet-Süd", die im Zuge der Kooperationsverhandlungen mit der SPD aus dem Flächennutzungsplan genommen werden musste.

In der Kooperationsvereinbarung mit der SPD wurde ganz deutlich vereinbart, dass ein flächengleicher Ersatz für das Hafenindustriegebiet-Süd bereitgestellt wird. Fraktionschef Brehm mahnt: *"Diese Vereinbarung muss jetzt umgesetzt werden, das war Voraussetzung für die Umwidmung der Fläche zu Bannwald. 30 ha Gewerbefläche dürfen nicht ersatzlos aufgegeben werden - das wäre angesichts der klaren Aussagen des Gutachtens zur Logistik völlig falsch."*



Foto: Axel Eisele

CSU-FORDERUNG NACH BÜROKRATIEABBAU ABGELEHNT

CSU bringt Resolution zum Bürokratieabbau beim Mindestlohn ein - Mehrheit aus SPD, Grünen und Linken lehnen im Stadtrat ab.

Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns kann unbestritten viele positive Effekte auf die Einkommenssituation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in unserer Stadt bewirken. Leider wurden mit der Einführung auch zahlreiche, aus Sicht der CSU-Stadtratsfraktion und von Wirtschaftsreferent Dr. Michael Fraas unnötige, bürokratische Regelungen und ein hoher Kontrolldruck verankert.

"Wir befürchten, dass Bürokratie und Kontrolldruck den positiven Effekt ins Gegenteil umschlagen lassen und sich der Mindestlohn negativ auf die Beschäftigung in unserer Stadt auswirken wird. Dagegen wollten wir ein Zeichen setzen, Nürnberg sollte sich stark machen für den Bürokratieabbau." so **Sebastian Brehm**, der Fraktionsvorsitzende der CSU.

Gerade in mittelständischen Betrieben sieht man z. B. die Aufzeichnungspflichten kritisch. Dabei richtet sich die Kritik der meisten Arbeitgeber ausdrücklich nicht gegen den Mindestlohn an sich,

sondern gegen den bürokratischen Aufwand für Erfassung, Dokumentation und Kontrolle. Um die Regelungen einhalten und überhaupt in Einklang mit einer für die Arbeitnehmer akzeptablen Personalplanung bringen zu können, werden oftmals die Personalstunden pro Tag deutlich gekürzt oder z. B. gleich die Öffnungszeiten reduziert.



Insbesondere im Hotel- und Gastronomiegewerbe sowie im Handwerk führen Dokumentationspflicht und Arbeitszeitregelungen einige Betriebe an die Grenze der Rentabilität. Gerade für kleine Familienbetriebe steigt die Belastung enorm, da die Regelungen auch für Angehörige – die z. B. im eigenen Wirtschaftshaus helfen – gelten.

Belastung für Vereine und Ehrenamt.

Auch in Sportvereinen sorgen die bürokratischen Nebenwirkungen des Mindestlohnes für Probleme. *"Das belastet das ehrenamtliche Engagement und verunsichert die Vereinsführung. Eine klare Abgrenzung zwischen Ehrenamt und Arbeitsverhältnis ist da in vielen Fällen gar nicht möglich"*, so Brehm weiter.

Die CSU-Stadtratsfraktion setzte sich daher für die Verabschiedung einer Resolution im Nürnberger Stadtrat ein. Den Antrag dazu hatte **Sebastian Brehm** zusammen mit **Kilian Sendner** und **Thomas Pirner** im März eingebracht. **Wirtschaftsreferent Dr. Michael Fraas** empfahl daraufhin dem Rat, die Resolution zu beschließen. Die Bundesarbeitsministerin sollte darin aufgefordert werden, einen Gesetzentwurf zur Entbürokratisierung des Mindestlohnes auf den Weg zu bringen. Darin sollten Lockerungen in der Aufzeichnungspflicht bei geringfügiger Beschäftigung, Vereinfachungen für Familienbetriebe und die Entlastung von Vereinen verankert werden.

Auch auf Bundesebene macht sich die CSU für eine Entbürokratisierung beim Mindestlohn stark und pocht auf eine Überarbeitung des Gesetzes.

LINIE 9 ZURÜCK IN DIE PIRCKHEIMER ?

Von Anfang kommenden Jahres bis Ende 2017 wird die Hallertorbrücke saniert. Der Straßenbahnbetrieb nach Thon und St. Johannis wird dabei komplett eingestellt und Bus-Ersatzverkehr wird die Anbindung der beiden Stadtteile sicherstellen. Als Ergänzung schlug die CSU-Stadtratsfraktion in einem Antrag nun vor, auch die alte „9er“ wieder durch die Pirckheimer Straße nach Thon fahren zu lassen.

"Die VAG soll in Ihrem Konzept für den Ersatzverkehr prüfen, welche Möglichkeiten sich durch diese zusätzliche Anbindung bieten", so Verkehrssprecher **Marcus König**.

Auf diese Weise könnten auch Erfahrungen gesammelt werden, welche Auswirkungen die Revitalisierung der „9er“ z. B. auf die Belebung des Einzelhandels in der Pirckheimerstraße haben würde. Seit Jahren fordern Anwohner und Ladenbesitzer, die Linie wieder in Betrieb zu nehmen um das Viertel zu beleben.

Der verhältnismäßig lange Betriebszeitraum während der Bauphase an der



Hallertorbrücke bietet eine gute Gelegenheit, Erkenntnisse über die Nutzung der Linie an sich und die Wechselwirkung mit der U3 zu gewinnen. Der Aufwand zur Revitalisierung der Strecke wäre absolut überschaubar, die VAG verpflichtete sich, die Strecke durch die Pirckheimer Straße betriebsbereit zu halten.

Marcus König
Verkehrspolitischer
Sprecher



BÜRGERHAUSHALT

CSU will Beteiligung der Nürnberger Bürgerinnen und Bürger.

Gemeinsam mit der FDP setzt sich die Rathaus-CSU für die Einführung eines Bürgerhaushalts in Nürnberg ein. Eine erste Abstimmung darüber scheiterte jedoch knapp an rot-grüner Mehrheit im Finanzausschuss und dem klaren Nein des Kämmerers Harald Riedel (SPD). Die CSU ließ die Frage erneut auf die Tagesordnung setzen und wird bei diesem Thema nicht locker lassen. *„Uns geht es um ein echtes Beteiligungsmodell. Die Menschen sollen mitreden dürfen was ihnen wichtiger ist - z. B. Investitionen oder Schuldenstopp“*, so der Fraktionschef **Sebastian Brehm**.

Der SPD-Vorschlag, mit Broschüren und Informationsveranstaltungen zur Haushaltsentwicklung die Menschen „einzubinden“ geht CSU und FDP nicht weit genug. Die Bürger sollen nicht nur alle 6 Jahre mit ihrem Kreuz über die Zukunft der Stadt abstimmen dürfen. *„Eine jährliche Beteiligung am Haushalt schafft vielleicht auch wieder mehr Interesse an den Kommunalpolitischen Themen.“*

STRAßENAUSBAUBEITRÄGE

In der Sitzung des Werkausschuss Servicebetrieb öffentlicher Raum (SÖR) wurden kleine Entlastungen beschlossen.

Künftig werden Baumpflanzungen und Radwege nicht mehr zur Berechnung von Anliegerbeiträgen herangezogen. Diese kleine Entlastung geht auf eine Initiative der Arbeitsgemeinschaft der Nürnberger Bürger- und Vorstadtvereine zurück, die das Thema Straßenausbaubeiträge mit Ihren Mitgliedern diskutierte. Ein Antrag der CSU folgte und wenig später schloss sich auch die SPD dieser Forderung an. Eine komplette Streichung der Straßenausbaubeiträge - wie es die Stadt München

kürzlich beschlossen hat - lehnte Bürgermeister Vogel (SPD) in der Sitzung allerdings ab. Die Stadt nimmt jährlich ca. 1,9 Mio. € durch die Erhebung von Anliegerbeiträgen ein.

CSU will Arbeitsgruppe für Entlastung und Transparenz.

In mehreren Anträgen forderte die CSU mehr Transparenz bei der Abrechnung und die Beseitigung von Ungerechtigkeiten. Gemeinsam mit dem Freistaat sollen daher die bestehenden Regelungen geprüft werden. Wie in der Kooperation mit der SPD vereinbart, werden wir gemeinsam an weiteren Möglichkeiten der Verbesserung arbeiten.

„Mit den Entlastungen bei Bäumen und Radwegen ist ein erster Schritt getan. Nun gilt es, die Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen. Zudem hat der Innenausschuss des Bayerischen Landtags am 28.01.2015 beschlossen, eine Expertenanhörung zum Thema Straßenausbaubeiträge durchzuführen.“

Andreas Krieglstein
Sprecher für den
Werkausschuss SÖR



VOR ORT

Radweg entlang der Oelser Straße.

Der Radweg von Moorenbrunn entlang der Oelser Straße nach Norden in Richtung Breslauer Straße ist bereits seit vielen Jahren Wunsch der Anwohner, des Bürgervereins sowie der Mitglieder der örtlichen Vereine.

Die CSU-Stadtratsfraktion forderte seither in mehreren Anträgen, einen Ausbau dieser Radwegverbindung. Aktuell gibt es Verhandlungen zwischen Stadt und Freistaat, die eine Lösung für die Finanzierung dieses Vorhabens in greifbare Nähe rücken.

Die Fraktion stellte daher erneut einen Antrag, die Verlängerung dieser Rad-

wegverbindung auf die Tagesordnung zu setzen.

„Seit fast einem Jahrzehnt ist es der Wunsch der CSU, diese Lücke im Radwegenetz zu schließen. Wenn sich durch eine Finanzierung mit dem Freistaat die Möglichkeit ergibt, das Projekt seitens der Stadt endlich anzugehen, müssen wir schnell handeln.“



Straßensanierung in Eibach und Mögeldorf.

Die CSU setzt sich bereits seit mehreren Jahren für eine Generalsanierung der Eibacher Hauptstraße und der Ostendstraße ein - mit Erfolg.

Beide Straßen konnten in den Planungen der Stadt vorgezogen werden und bereits in diesem Jahr starten die Vorbereitungen für die Baumaßnahmen. Dabei geht es um mehr als eine bloße Sanierung der Fahrbahndecken. Gehweg, Radweg und Abbiegespuren sollen neu angeordnet werden, die Verkehrssicherheit für Fußgänger und Radler steht dabei im Vordergrund.

TERMINE

Mobile Bürgerversammlungen:

Treffpunkt jeweils am Schönen Brunnen

07.05.2015, 17.00 Uhr

Rundgang zu Fuß:
Altstadt

18.06.2015, 16.00 Uhr

Fahrradtour:
Südosten (Dutzendteich, Südbahnhof, Messe, Rangierbahnhof, Langwasser)

Sitzungen des Stadtrates:

29.04.2015, 09.00 Uhr:

Werkausschuss SÖR

30.04.2015, 09.00 Uhr:

Verkehrsausschuss

05.05.2015, 09.00 Uhr:

Jugendhilfeausschuss

05.05.2015, 15.00 Uhr:

Werkausschuss Abfallwirtschaft
im Anschluss Umweltausschuss

08.05.2015, 09.00 Uhr:

Kulturausschuss

12.05.2015, 15.00 Uhr:

Personal- und Organisationsausschuss

13.05.2015, 15.00 Uhr

Stadtratssitzung

19.05.2015, 15.00 Uhr

Werkausschuss Stadtentwässerung

20.05.2015, 09.00 Uhr

Werkausschuss SÖR

20.05.2015, 15.00 Uhr

Ausschuss für Recht, Wirtschaft und Arbeit (RWA)

21.05.2015, 15.00 Uhr

Stadtplanungsausschuss

(Die Sitzungen sind öffentlich im Rathaus, Eingang Fünferplatz 2)

Impressum:

Der CSU-Stadtratskurier wird herausgegeben von der
CSU-Stadtratsfraktion Nürnberg Rathausplatz 2 90403 Nürnberg

Verantwortlich: Sebastian Brehm

Redaktion: Michael Kraus

Tel.: +49 911 231 2907

csu@stadt.nuernberg.de